

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen der CDU-Fraktion zu Einzelplan 10 in Drucksache 11/1423. Also, dritte Abstimmung: Antrag der CDU-Fraktion Anlage 1 Kapitel 10 030 Titel 683 67, Stichwort: Aufbereitung von Flachs. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. - Dieser Antrag ist abgelehnt.

Bei Anlage 2 zu Kapitel 10 050 kommen wir zu verschiedenen Abstimmungen:

Zunächst die vierte Abstimmung über Kapitel 10 050 Titel 531 10, Stichwort: Abfallwirtschaft. Wer für diesen Antrag der Fraktion der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe dann die fünfte Abstimmung auf: Kapitel 10 050 Titel 119 12 (neu) und Titel 537 15. Die Fraktion der F.D.P. hat an dieser Stelle getrennte Abstimmung verlangt. Das ist mit der CDU auch so abgesprochen, so daß wir zu zwei Abstimmungen im fünften Abstimmungspaket kommen.

(B) Ich rufe deshalb die fünfte Abstimmung auf: Titel 119 12. Das ist die Ziffer 5 a, Stichwort: Erstattung von zu Unrecht für eine Kampagne zur Abfallvermeidung verausgabten Beträgen. Wer für diesen Antrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe die zweite Abstimmung auf: Titel 537 15, Stichwort: Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen im Bereich der Abfallwirtschaft. Wer für diesen Antrag der Fraktion der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/1110** zum Einzelplan 10 ab. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Einzelplan 10** in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

(C) **Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

Beschlußempfehlung Drucksache 11/1108

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1421

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN umfaßt 8 Anlagen.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Meyer das Wort.

Abgeordneter Meyer⁷ (Hamm) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soeben habe ich mir zum ersten Mal in meinem Leben gewünscht, ein Grüner zu sein. Weil der Präsident immer so früh die Glocke anschlägt, wird es, wenn die reden, hier im Saal immer so schön voll. Wenn dann einer von uns an die Reihe kommt, ist es immer gleich wieder leer. Deshalb sollten wir es jetzt hier auch in der gebotenen Kürze abwickeln.

Der Wirtschaftsminister hat seinen Erläuterungsbericht bemerkenswert damit eingeleitet, daß er sagt: Wir haben den Aufschwung aus eigener Kraft geschafft. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Das hat uns schon im Ausschuß zu Begeisterungstürmen hingerissen, vor allem, wenn man sich die Zahlen ansieht. Diese möchte ich hier eben noch in Erinnerung rufen. Denn noch im November, als wir das erstmals vorgetragen haben, wurde ja gesagt: Bis zum Jahresende haben wir das alles wieder eingeholt.

Inzwischen steht fest, daß Nordrhein-Westfalen im Jahre 1990 immerhin das beträchtliche Wachstum von 4 % gehabt hat. Damit ist Nordrhein-Westfalen immerhin auf den zweiten Platz - von hinten! - vor Oskar Lafontains Saarland gerutscht, also immerhin auf den vorletzten Platz. Da kann man doch stolz sein und sagen: Da sind wir ja noch ganz gut dran.

Wir haben uns von der Wohlstandsentwicklung hier in Westdeutschland abgekoppelt: 4,7 % im Schnitt des letzten Jahres, entgegen allen Versprechungen. Wenn man sich den Spitzenreiter Bayern ansieht: Im

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

letzten Jahr 5,2 %. Die Differenz innerhalb von 5 Jahren beträgt 7 %. Das ist selbst in guten Jahren das Wachstum von glatten zwei Jahren. Wir hinken also innerhalb von fünf Jahren glatte zwei Jahre hinter einem vergleichbaren Land wie Bayern her. Und das nennt dann der Wirtschaftsminister in seiner Einleitung: Das Land befindet sich in Höchstform!

Er kann sich das nun auswählen: Entweder hat er eine bewußt falsche Darstellung gewählt oder aber er hat es nicht ehrlich gemeint; dann ist er dumm oder unwissend. Das traue ich ihm gar nicht zu. Also hat er es bewußt falsch dargestellt. Die Regierung kann sich aber letztlich auch selbst aussuchen, welche von den beiden Versionen ihr da lieber ist.

Ich möchte in der Kürze der Zeit nicht weitere signifikante Unterschiede zur Bundesentwicklung vorführen. Nur: Wenn wir sehen, daß allein im letzten Jahr der private Verbrauch - und das war ja hier einer der großen Knackpunkte in den Diskussionen - um 4,4 % gestiegen ist, dann war das eben die Steuerreform, die im letzten Jahr diese private Nachfrage ausgelöst hat.

Eine Zahl wenigstens doch noch! 160 Milliarden DM Außenbeitrag, davon 50 Milliarden DM aus dem innerdeutschen Handel; davon ist doch ein großer Teil in Nordrhein-Westfalen gelandet. Das heißt doch, daß es richtig ist, was wir die ganze Zeit gesagt haben: Nordrhein-Westfalen hat von der deutschen Einheit profitiert und nicht dafür bezahlt.

(Beifall bei der CDU)

Es zeigt sich, daß wir doch von diesem Wahlkampfslogan: "Wir machen Nordrhein-Westfalen wieder zur Nr. 1 in Deutschland" verdammt weit weg sind. Das ist nun wirklich meilenweit von der Realität entfernt.

Wenn in einer solchen Diskussion jetzt als Beleg dafür etwa die Erfolge bei der Gemeinschaftsaufgabe angeführt werden, die ja am Schluß der Haushaltsberatungen noch eine erhebliche Aufstockung der Mittel gebracht hat, die ein Erfolg für das Land sei, dann möchte ich hier ein kleines Zitat von einem der Orte und Kreise bringen, die aus der Gemeinschaftsaufgabe herausgefliegen sind. Das ist der Kreis Borken. Da sagte Herr Kleinschneider - das ist der örtliche Wirtschaftsförderer -:

(C)

Die Daten zeigen, daß die wirtschaftliche Entwicklung bei uns deutlich nach oben gegangen ist. Da hat es keinen Zweck mehr, sich länger krankzumelden, wenn die Krankheit vorbei ist.

Mir hat das, was er da gesagt hat, gut gefallen. Im Umkehrschluß heißt das aber: Wenn wir jetzt mehr bekommen als vorher - 80 Millionen DM mehr vom Bund -, dann heißt das doch, daß wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern relativ schlechter geworden sind. Wir sind eben im Vergleich mit den anderen Ländern abgehängt worden. Das ist die Position, in der wir uns befinden, selbst wenn es relativ, weil wir von der Bundesentwicklung mitgerissen wurden, gut gewesen ist.

Das bedeutet aber auch, daß die Sonderprogramme insbesondere im Ruhrgebiet bisher nicht gegriffen haben. Sie sollten ja nur begrenzt für eine bestimmte Zeit und auch zeitlich degressiv gestaffelt dafür sorgen, daß die vorhandenen Probleme gelöst würden. Sie sind bisher nicht gelöst und mußten durch die Regelprogramme ersetzt werden.

Lassen Sie mich, um es in dieser Debatte nicht zu kompliziert und nicht zu lang zu machen, den Haushalt nur in drei, vier Zahlen auf das zurückführen, was dahintersteckt! Wir haben im Haushalt 3,5 Milliarden DM, davon 1,4 Milliarden DM für die Kohle, die in wesentlichen Teilen natürlich in den Stahlbereich fließt, also nichts mit den Diskussionen der kommenden Wochen und Monate zu tun hat. Es bleiben also 2,1 Milliarden DM übrig.

(D)

Von diesen 2,1 Milliarden DM im Haushalt sind 1,3 Milliarden DM schon durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden. Es bleiben also ganze 800 Millionen DM für Personalausgaben und alles andere, was im kommenden Jahr gemacht und entschieden werden soll - einschließlich der vielen vertraglichen Verpflichtungen.

Das bedeutet, ca. 1 % des Haushaltsvolumens von Nordrhein-Westfalen steht in Wirklichkeit für Wirtschaftsförderung und Umstrukturierung des Landes zur Verfügung. Wie damit die Probleme angegangen werden sollen, ist uns nicht klar. Hinzu kommen: für den parlamentarischen Bereich die Undurchsichtigkeit der Positionen, die uns im Ausschuß unglaublich gestört hat, auch diese gegenseitige Deckungsfähigkeit von Positionen, die eine effektive Haushaltsplanbera-

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

tung fast unmöglich macht; darüber hinaus die Auslagerung von Ausgaben außerhalb der Parlamentskontrolle auf diverse Einrichtungen, die hier geschaffen worden sind - fast alle irgendwo verquickt mit der WestLB.

(Beifall bei der CDU)

Diese Position kann von uns nicht hingenommen werden. Wir lehnen das grundsätzlich ab und möchten auch nicht, daß Änderungsanträge zu Einzelheiten dazu führen, über diese Gesamtkritik hinwegzugehen. Statt dessen macht die Regierung jetzt auch Schritte in die falsche Richtung: Sie kürzt die Fördersätze, damit erhöht sie noch die Mitnahmeeffekte.

Jetzt würde es mich auch noch reizen, auf die Bürokratisierung, die über die Regionalkonferenzen eingeführt werden soll, einzugehen. Der Wirtschaftsminister hat deswegen schon genug Last mit seinen eigenen SPD-Leuten in Duisburg. Von Herrn Stüber weiß ich, der ist darauf vorbereitet und antwortet dann nur darauf. Deswegen laß ich das einfach mal.

(Abgeordneter Stüber [SPD]: So?)

(B) - Ja, wir hatten uns vorhin auf die Kürzung des Verfahrens verständigt.

Meine Damen und Herren! In den nächsten Wochen kommt es darauf an, in Nordrhein-Westfalen aufzupassen, Herr Wirtschaftsminister, daß - Sie haben sowieso nicht mehr viel Zuständigkeiten, der Umweltminister nimmt Ihnen ja noch die Aufgaben bei der Kohle weg, wenn ich die Äußerungen richtig verstanden habe, die er in der Presse gemacht hat. Passen Sie nur auf, daß die Strukturen da nicht so festgefahren werden, daß wir überhaupt nicht mehr zu vernünftigen Lösungen für die Arbeitnehmer in unserem Lande kommen können.

Bezüglich der Monostrukturen, die in den Köpfen vieler Abgeordneter, insbesondere bei der SPD, noch sind: Ich glaube, da werden Sie noch viel zu tun haben, wenn Sie das, was ich da letztlich von Ihnen im Handelsblatt gelesen habe, wirklich umsetzen wollen. Das hörte sich weiten Teilen ausgesprochen vernünftig an. Wenn ich Ihnen jetzt mit diesem Lob schade, müssen Sie mir das sagen. Dann mache ich das beim nächsten Mal nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Das hörte sich aber doch gut an. Wenn Sie das in Ihrer eigenen Fraktion durchbekommen, bekommen wir sicher eine bessere Politik als bisher in das Land. Fangen Sie also bitte nicht mit Bürokratie und mit neuen Strukturen an, sondern lassen Sie uns ohne Scheuklappen für die Belange Nordrhein-Westfalens eintreten, auch für eine vernünftige neugeordnete Wirtschaftspolitik. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Ich danke Ihnen. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Stüber das Wort.

Abgeordneter Stüber (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur zwei Bemerkungen machen, jetzt will ich aber doch vier machen. Wir debattieren jetzt nahezu 23 Stunden über den Haushaltsplan 1991 des Landes Nordrhein-Westfalen. Deswegen will ich in aller Deutlichkeit einmal feststellen: Alles, worüber wir bisher debattiert haben - Politikfelder, neue Aufgaben, Fortsetzungen und Veränderungen -, wäre ohne eine vernünftige wirtschaftliche Grundlage nicht möglich. Ohne solide Basis dieses Landes, ohne eine starke Wirtschaftskraft und auch ohne eine erfolgreiche, durch Rahmenbedingungen diese Wirtschaft gestaltende Politik hätten wir diese Erfolge nicht aufzuweisen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Ich denke, das muß an dieser Stelle einmal deutlich gesagt werden.

(Zurufe von der F.D.P.)

Und daß es erfolgreich ist, meine Damen und Herren - nun regen Sie sich nicht auf, hören Sie erst zu, dann können Sie ja immer noch etwas dazu sagen -, ist nicht nur angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels, den wir ja hinter uns haben - einige Dinge haben wir ja noch vor uns -, zu belegen.

Sie können feststellen, daß in den letzten fünf Jahren rund 500 000, also eine halbe Million, Arbeitsplätze real neu geschaffen wurden. Sie können feststellen

(C)

(D)

(A) (Stüber [SPD])

- das ist nicht bestreitbar, das kann jeder nachgucken -, daß wir im letzten Jahr 1990 9 600 Neugründungen per saldo in Nordrhein-Westfalen hatten, und zwar in zukunftsträchtigen Bereichen, in jenen, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angekündigt hat: Technologie, Qualifizierung - Fläche war ein drittes Stichwort, das will ich jetzt nicht erwähnen -;

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

das sind 30 % aller Neugründungen, jede dritte Neugründung des Bundesgebietes ist in Nordrhein-Westfalen erfolgt. Wenn dies kein Erfolg ist, meine Damen und Herren, frage ich mich: Was dann? Wenn Herr Meyer hier Zahlen vorträgt, sollte er auch einmal die Bruttowertschöpfung vortragen, wo wir nach wie vor mit etwa 71 000 DM immer noch an zweiter Stelle hinter Hessen liegen. Versuchen Sie nicht, hier etwas mieszureden, was so mies gar nicht ist.

Andere sehen dies ganz anders. Ich habe zufällig den Pressespiegel von gestern vorliegen. Da gab es im "Forum West" eine interessante Sendung. Es ging um die künftigen Chancen Nordrhein-Westfalens im Binnenmarkt. Der Wirtschaftsminister hat sich dazu geäußert. Es hat sich dazu auch Thomas Kateder, Geschäftsführer der japanischen IHK in Düsseldorf, geäußert. Er stellt fest, daß Nordrhein-Westfalen nach wie vor ein wichtiges, das wichtige europäische Center für japanische Unternehmen sei. Zu Wort gekommen ist auch ein bedeutender Computerhersteller - ich will ihn jetzt gar nicht namentlich erwähnen -, der gesagt hat: "Ich brauche Arbeitskräfte, wobei es verstärkt um das Know-how der Mitarbeiter geht." Das ist unser Produktionsgut. Weiter stellt er fest: "Es gibt kaum einen Standort in Deutschland, wo sich dies so stark geballt findet wie jetzt konkret" - da nennt er den Ort, an dem er ansässig ist - "in Aachen" - und fügt hinzu "und generell glaube ich, auch in der übrigen nordrhein-westfälischen Industrielandschaft." Im Vergleich zum bundesweiten Gebiet sagt jemand, der sicher jeglicher parteipolitischer Vereinnahmung fern ist, daß Nordrhein-Westfalen ein zukunftsträchtiger hervorragender Standort ist.

(Zuruf des Abgeordneten Reichel [F.D.P.]

- Ich weiß nicht, was Sie daran so lustig finden, Herr

(C)

Reichel. Vielleicht können Sie sich dazu ja später noch äußern.

Ich will deutlich machen, daß wir in der Wirtschaft hervorragende Erfolge erzielt haben. Wir wollen dies fortsetzen. Der Kollege Laurenz Meyer hat eben von der Gemeinschaftsaufgabe gesprochen. Er hat wieder versucht - darüber haben wir im Ausschuß schon einmal debattiert, und ich dachte, wir hätten es eigentlich auch ausgeräumt -, einen Widerspruch zwischen ländlichem und industriellem Ballungsraum zu konstruieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch endlich mit diesen Widersprüchen und gegensätzlichen Aufrechnungen aufhören! Richtig ist doch, daß wir uns im Planungsausschuß - -

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Dorn, es hat keinen Sinn. Wir haben zuwenig Zeit, als daß Zwischenfragen gestellt werden könnten. Ich bitte um Nachsicht.

- - auf Fördergebiete, die für die Gemeinschaftsaufgabe in Frage kommen, und auf Kriterien verständigt haben. Ich will Ihnen einige Zitate nennen. Da heißt es,

... daß wir uns beständig für eine Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte einsetzen wollen.

Und weiter -:

Für die regionalwirtschaftliche Flankierung insbesondere der strukturellen Anpassungsprozesse in den Montanregionen habe ich mich nachdrücklich eingesetzt.

Dann werden die Indikatoren aufgezählt; ich will sie nicht wiederholen. Es heißt weiter:

Damit gehen arbeitsmarktpolitische Aspekte mit einer stärkeren Gewichtung als bisher in den Gesamtindikator ein.

Letztes Zitat:

Es liegt im gemeinsamen Interesse von Bund und

(D)

(A) (Stüber [SPD])

Ländern, auch bei einer künftigen, erheblich reduzierten Fördergebietskulisse die regionalwirtschaftliche Flankierung von strukturellen Anpassungsprozessen über die Gemeinschaftsaufgabe zu ermöglichen.

Diese Zitate könnten von uns, von Wirtschaftsminister Einert sein. Nein, sie sind von Norbert Blüm, von Ihrem Landesvorsitzenden. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis, und mäkeln und nörgeln Sie hier nicht permanent herum und ignorieren die Entwicklung im Lande, die ganz anders ist.

Eine letzte Bemerkung will ich zu den Regionalkonferenzen machen, weil Herr Meyer das erneut angesprochen hat. Das Thema Duisburg brauchen Sie gar nicht aufzugreifen. Sie haben doch nur eine Zeitung gelesen. Sie hätten auch am nächsten Tag eine lesen sollen. Da haben nämlich vereint alle, sowohl der Parteivorstand als auch der Oberstadtdirektor, das korrigiert, was am ersten Tag in der Zeitung gestanden hat und durch eine Indiskretion herausgekommen ist.

(Abgeordneter von Unger [CDU]: "Aber das genügt ja!")

(B)

- Herr von Unger, Sie wissen das doch auch: Wenn am Rande einer Sitzung Journalisten einige Bemerkungen vorgeworfen werden, machen die einen großen Futternapf daraus. Der stellt sich oft als falsch heraus. Das ist in diesem Fall auch so gewesen.
- Richtig ist, daß sich die Regionalkonferenzen hervorragend bewährt haben.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Ein schöner Artikel!)

Die ZIM-Idee, dieser Grundkonsens, daß wir die Verantwortungsgemeinschaft vor Ort stärken wollen, ist eine hervorragende Idee gewesen. Das wissen wir doch alle, und das braucht niemand zu bestreiten. Wir können nun über vieles reden, wir können darüber reden, ob diese Regionen, die sich selbst gefunden haben - nicht wir -, richtig sind. Da stellt sich natürlich die Frage, ob der Ennepe-Ruhr-Kreis richtig eingeteilt worden ist, ob das Prinzip der IHK- oder der Kammerbezirke richtig ist oder ob man hier zu anderen Einteilungen kommen kann. Nur, das muß

(C)

die Region vor Ort machen, das wollen wir nicht verordnen.

Da muß ich Ihnen natürlich vorhalten, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU-Fraktion: Wir haben 16 Regionen. In allen sollen Regionalkonferenzen stattfinden - übrigens auf Wunsch der Region durch den Wirtschaftsminister moderiert und nicht von oben aufgezwungen. Von den CDU-Mitgliedern, die hier im Landtag sitzen, hat daran noch nicht ein einziges teilgenommen. Ich frage mich, warum. Wollen Sie sich die Chance, zu nörgeln und zu mäkeln, selber nehmen, weil Sie durch eigene Inaugenscheinnahme vor Ort eines Besseren belehrt würden? Ich halte das nicht für eine redliche und saubere Politik.

Ich hatte gesagt, wir können über die Einteilung der Regionen reden. Wir können auch über vieles andere reden. Wir können nur nicht darüber reden, daß Fakten und Zahlen in unserem Land miesgeredet und miesgemacht werden. Deswegen bleiben wir bei dem, was wir auch als Antrag in die letzte Plenarsitzung eingebracht haben: Wir wollen unsere Wirtschaftspolitik fortsetzen.

Wir werden zu Veränderungen kommen müssen, allein schon aufgrund der Tatsache, daß von den großen Gemeinschaftsaufgaben, die wir gemeinsam mit der EG und dem Bund durchführen, im nächsten Jahr eine ganze Reihe auslaufen wird. Dadurch werden, wenn ich das richtig sehe, etwa 60 % der Fördermittel wegfallen. Die wird das Land nicht allein aufbringen können, das weiß jeder. Wir werden uns Gedanken machen müssen, wie wir unsere Mittel dann konzentrierter einsetzen. Aber an den Rezepten und an der Grundidee werden wir nicht rütteln lassen, weil sie sich bewährt hat, insbesondere auch in der Verantwortung vor Ort. Deswegen bleibt es dabei.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich danke Ihnen und erteile Herrn Abgeordneten Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit zwei

(A) (T schoeltsch [F.D.P.]

Anmerkungen zu den Äußerungen des Kollegen Stüber beginnen. Herr Stüber, die SPD-Fraktion wechselt häufig die Strategie, auch bei den Aussagen zur Wirtschaftspolitik. Vor einigen Jahren war Bonn an allem schuld, da hieß es: Bonn unterstützt das Land nicht, nur Bonn ist an der schlechten Entwicklung in Nordrhein-Westfalen schuld. Dann gab es die Runde beim Kanzler, das Strukturhilfegesetz, und dann ließ sich dieser Vorwurf nicht mehr halten, weil Bonn zusätzliche Milliardenbeträge für Nordrhein-Westfalen freigemacht hat. Dann stand die Wahl vor der Tür, und die SPD erkannte: Mit dieser Strategie können wir wahrscheinlich schlecht eine Wahl gewinnen, also steuern wir um. Da hieß es: Jetzt ist alles auf einem richtigen und guten Weg, der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen greift. Und dann wurden Erfolgsmeldungen produziert.

Nur, Herr Stüber, wenn Sie die Zahlen des Wirtschaftswachstums 1990 einmal kritisch betrachten - der Kollege Meyer hat sie genannt -, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß Nordrhein-Westfalen im Jahr 1990 beim Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den übrigen westlichen Ländern an vorletzter Stelle stand. So ganz erfolgreich, wie Sie sie immer schildern, kann die Wirtschaftspolitik also nicht gewesen sein.

(B) (Beifall bei der F.D.P.)

Herr Minister, wir debattieren jetzt über den Haushalt des Wirtschaftsressorts. Dabei ist es angebracht, einmal darauf hinzuweisen, wie das Wirtschaftsministerium von Jahr zu Jahr an Kompetenz verloren hat. In der letzten Legislaturperiode hat der Ministerpräsident den Verkehrsbereich weggenommen. Diese Politik setzt Ministerpräsident Rau systematisch fort. Zu Beginn dieser Legislaturperiode hat man Ihnen die Luftfahrt weggenommen.

Aber es ging noch weiter! Die Bereiche Sparkassen, Sparkassen- und Giroverbände, Bausparkassen, Wertpapierangelegenheiten, Landesbank ohne Staatsaufsicht und das Versicherungswesen wurden ausgegliedert - alles Bereiche, für die der Wirtschaftsminister früher zuständig war und in denen er jetzt nichts mehr zu sagen hat. Wenn man sich das kritisch ansieht, bleibt beim Wirtschaftsministerium sozusagen nur noch die Subventionsverteilstation, und das ist alles. Wir bedauern diese Entwicklung.

(C)

Es gibt sogar noch Bereiche, für die Sie eine Zuständigkeit besitzen. Aber wenn man das Ganze einmal kritisch durchleuchtet, ist es auch hier mit der Zuständigkeit nicht weit her.

Ich nehme den Bereich der Energiepolitik. Wenn es in eine entscheidende Phase geht, verhandelt nicht der Wirtschaftsminister, sondern Minister Clement von der Staatskanzlei. Ich hoffe ja, daß Sie wenigstens noch als erster informiert werden über das, was dann in Bonn verhandelt wird.

Ich will einen weiteren Bereich ganz kritisch ansprechen. Das ist der Bereich der Wirtschaftsförderung. Es gibt ein Paradebeispiel, nämlich die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen. Dazu gibt es auch einen Beirat, der jährlich einmal einberufen werden soll. Die letzte Sitzung fand 1988 statt. Warum gab es seitdem keine Sitzungen des Beirates mehr? - Weil die Beiratsmitglieder 1988 angemahnt hatten, sie möchten ein Konzept für die Wirtschaftsförderung des Landes vorgestellt bekommen. Und als diese Wünsche von den Beiratsmitgliedern geäußert wurden, wurde damals zugesagt, in der nächsten Sitzung würde man darüber Bericht erstatten. Das war 1988. Seitdem fand keine Sitzung mehr statt.

Es ist im Bereich der Wirtschaftsförderung völlig ungeklärt, wer hier im Lande noch Kompetenz hat. Ist es die Staatskanzlei mit Minister Clement? Ist es das Finanzministerium mit Herrn Schleußer? Vielleicht kann es auch der Wirtschaftsminister sein? Ich vermute, daß es eher der Chef der WestLB sein wird, der sich letztendlich durchsetzen wird.

(D)

Herr Wirtschaftsminister, wir bedauern diese Entwicklung, und wir mahnen dringend das Konzept zur Wirtschaftsförderung im Lande Nordrhein-Westfalen an. Bisher haben Sie dies noch nicht vorlegen können.

Wir sind davon ausgegangen, daß mit einer neuen Legislaturperiode und auch dann, wenn neue Minister ein Ressort übernehmen, auch neue Ideen eingebracht werden. Wenn wir uns den Haushalt ansehen, müssen wir feststellen: alte Hüte, alte Zöpfe; die Programme werden fortgeschrieben; keine neuen Ideen.

Wenn man sich die Perspektive Ihrer Politik ansieht - ich muß, wenn ich über ein Jahr hinausrechne,

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.]

natürlich die Finanzplanung heranziehen, denn nur dort sind einigermaßen verlässliche Zahlen aufzufinden -, dann stellt man fest, daß von den Investitionsausgaben in Ihrem Ressort 1991 noch 1,38 Milliarden DM aufgeführt sind. Im Jahre 1994 werden es nach Ihren Vorstellungen noch 408 Millionen DM sein. Das ist also die Perspektive Ihrer Politik. Ein derart dramatischer Rückgang bei den Investitionen und bei den Förderungen für Investitionen ist in keinem anderen Ressort festzustellen.

Nun reden Sie sich heraus, Herr Minister, indem Sie sagen: Wir haben die Absicht, von den Sachinvestitionen in Humankapital umzusteuern. - Das hört sich, Herr Minister, ganz gut an. Nur finden wir auch das nicht im Haushalt 1991. Denn weder im Wirtschaftsressort noch im Bereich der Schule oder der Hochschule kann man ein Umsteuern erkennen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das heißt: Sie müßten, wenn Sie das als Perspektive entwickeln, mit Zahlen belegen, wo Sie die neuen Schwerpunkte setzen wollen. Wir können nur feststellen: Es sind Worte, aber keine Taten.

(B) Zur Haushaltsberatung selbst! In manchen Positionen ist von der Regierung - ich will es ein bißchen vornehm ausdrücken - auch sehr schludrig gehandelt worden. Im Wirtschaftsausschuß habe ich Sie in bezug auf den Ansatz für die Kokskohlenbeihilfen gefragt, ob denn in dieser Haushaltsposition noch Luft sei, ob dieser Ansatz vielleicht noch Reserven enthalten könnte. Es wurde mir im Wirtschaftsausschuß gesagt

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das hängt doch vom Dollar ab!)

- Herr Trinius, hören Sie erst einmal zu, bevor Sie dazwischenrufen! -: Keinesfalls; das ist sogar sehr knapp gerechnet.

Wenige Tage später präsentiert der Finanzminister eine Vorlage und sagt: Wir können 100 Millionen DM einsparen. - Meine Damen und Herren, wo kommen wir denn hin, wenn sich innerhalb von wenigen Tagen die Aussagen der Landesregierung so verändern, und zwar umfassend einen Wert von 100 Millionen DM! Das ist doch schon etwas!

(C)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch eindeutig erläutert worden!)

- Herr Trinius, ich habe die Frage im Wirtschaftsausschuß gestellt. Dort ist mir gesagt worden, in dieser Haushaltsposition sei keine Reserve enthalten. Und wenige Tage später sind es 100 Millionen DM. Das müssen Sie doch einmal aufklären.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist auch geschehen!)

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Haushaltsberatungen des Wirtschaftsetats muß ich sagen, daß das Ganze eh eine Farce ist. Wir streiten uns um Einzelpositionen, manchmal um Positionen von 100 000 DM.

In diesem Zusammenhang will ich auf das von der Landesregierung angewandte System eingehen. Im Haushalt gibt es die Titelgruppe 75 - Zukunftsprogramm Montanregionen -. Diese Haushaltsposition hat immerhin ein Volumen von 246 Millionen DM. In der ersten Zeile, ganz klein gedruckt, steht dazu: "Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig." Das heißt, daß alle folgenden Positionen gegenseitig verschiebbar sind. Das heißt, daß 246 Millionen DM nach freien Stücken von der Landesregierung aufzuteilen sind.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unglaublich!)

Das können Mieten und Pachten sein, das können Zuschüsse an Gemeinden sein, das kann die Schuldendiensthilfe an öffentliche Unternehmen sein, das können Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen sein, das können Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen sein, das können Investitionszuschüsse sein, das kann Erwerb von Geräten sein, das können Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände sein, Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen usw. Sie haben die Möglichkeit, 246 Millionen DM nach freien Stücken zu verteilen - wie Sie wollen!

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das haben Sie mit beschlossen, um die Gelder flexibel einsetzen zu können!)

(A) (Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]

Das sind 246 Millionen DM, die Sie nach dieser Vorlage frei verteilen können, es sei denn, es gibt noch Verpflichtungsermächtigungen.

(Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

- Herr Mernizka, das frage ich Sie einmal als Parlamentarier: Kann das denn im Sinne eines Parlamentes sein, so eine Haushaltsberatung zu betreiben?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein, ich sage ganz eindeutig nein!)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Tschoeltsch, die verabredete Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Dann möchte ich noch einen Gedanken äußern, weil das die CDU angeht.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Auf die CDU kann man sich da nicht verlassen!)

Mit der CDU habe ich mich noch gar nicht auseinandergesetzt. Sie haben von der CDU vor einiger Zeit ein Hearing durchgeführt - auch zur Wirtschaftsförderung. Da haben Sie dann groß verkündet: Wir wollen in der Wirtschaftsförderung umsteuern, weg von den betrieblichen Zuschüssen, hin zu diesen wirtschaftsnahen Investitions- und Strukturmaßnahmen. Die wollen Sie also unterstützen. Das hört sich ja auch sehr gut an.

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ist auch gut!)

Ich habe natürlich erwartet, daß Sie dann in den Haushaltsberatungen auch mal Taten folgen lassen. Sie hätten ja jetzt die Möglichkeit gehabt, bei den Haushaltsberatungen Anträge vorzulegen, wie Sie umsteuern wollen. Nichts kam. Ich muß eins sagen, Herr Meyer, ich habe wirklich bedauert, daß sich bei den Abstimmungen über Subventionskürzungen - die F.D.P. hat Subventionskürzungen in einer Größenordnung von etwa 130 Millionen DM vorgeschlagen - plötzlich eine große Koalition von SPD und CDU gebildet hat. Beide Fraktionen sprechen sich geschlossen gegen Subventionskürzungen aus. Meine Damen und Herren! Das hat uns wirklich sehr enttäuscht.

(C)

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Das ist unglaublich!)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Tschoeltsch, herzlichen Dank für das Stichwort Subventionsabbau. Ich habe da ein herrliches Beispiel für Subventionen, nämlich den Schnellen Brüter in Kalkar - sieben Milliarden DM, die da reingeflossen sind. Gestern abend ist der Schnelle Brüter in Kalkar zu Grabe getragen worden. Eine späte Genugtuung für alle, die dieses technologische Wahnsinnsprojekt mit allen rechtlichen und politischen Möglichkeiten bekämpft haben!

(Zustimmung der Abgeordneten Hürten [GRÜNE] und des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Wir haben vorgeschlagen, ihn als Industriemuseum für technologischen Größenwahnsinn zu erhalten.

Auch die zweite aus der Linie der sogenannten fortgeschrittenen Reaktorlinien, der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop liegt seit einiger Zeit still. Dies sind großartige Erfolge für die Anti-AKW-Bewegung.

(D)

In die berechtigte Freude über diese Erfolge mischen sich aber schon wieder Wermutstropfen. Schon sollen weitere zwei AKW in Greifswald und Stendal gebaut werden. Schon wieder wird an einer noch fortgeschritteneren Reaktorlinie gearbeitet - nämlich der Kernfusion, die eine neue Generation von Reaktoren mit noch zerstörerischerem Potential hervorbringen könnte. Auch hier ist die Landesregierung über das Forschungszentrum Jülich, besser bekannt als die KFA Jülich, und das sogenannte gemeinsame europäische Unternehmen "Jet", beteiligt. Die Gefahren der Kernfusion sind ein Thema, mit dem sich demnächst der Ausschuß Mensch und Technik beschäftigen sollte. Wir werden dazu in nächster Zeit einen Antrag einbringen.

Abschließend sei hierzu festgestellt, wir brauchen auch kein Ölspitzenlastkraftwerk in Kalkar. Dieser energiepolitisch schwachsinnige Vorschlag dient doch nur dazu, von der Forderung nach Wiederherstellung

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

der grünen Wiese abzulenken. Der Abriss der Anlage liegt in der Verantwortung der Betreibergesellschaft, das Land Nordrhein-Westfalen und sein Haushalt haben damit überhaupt nichts zu tun.

Herr Minister Einert, da würde ich Sie doch wirklich bitten, lassen Sie sich bloß nicht ins Bockshorn jagen.

(Zustimmung der Abgeordneten Hürten [GRÜNE] - Zuruf des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Die Ausgaben im Landeshaushalt für eine ökologische Energiepolitik sind lächerlich gering; es sind gerade 75 Millionen DM. Das ist ein Achtzehntel der Steinkohlesubventionen. Schon deshalb ist es dringend erforderlich, über Umweltabgaben auch den Handlungsspielraum der Energiepolitik zu erweitern.

(B) Gerade deshalb haben wir für den Energiebereich die Erhebung einer Abwärmeabgabe vorgesehen. Diese Abwärmeabgabe ist unter ökologischen und energiepolitischen Gesichtspunkten wünschenswert. Das will ich in der gebotenen Kürze kurz begründen. Die Belieferung von Wohngebieten mit Niedertemperaturwärme für Warmwasser und Heizung über Blockheizkraftwerke und ausgekoppelte Wärme aus industriellen Anlagen ist die ökologisch sinnvollste Form der Energieversorgung. Der Ausbau der hierfür erforderlichen Nah- und Fernwärmenetze stagniert in Nordrhein-Westfalen. Da ist der Vergleich mit Bayern interessant. Bei Neubauwohnungen hat das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen zahlreichen Ballungsräumen tatsächlich nur einen halb so hohen Anschlußwert an Fernwärme wie das Flächenland Bayern.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Aha!)

Wenn man hier nicht einschneidende Maßnahmen ergreift, dann werden die Konkurrenzenergieträger, also insbesondere das Gas, aufgrund ihrer künstlichen Preisvorteile bald endgültige Fakten geschaffen haben.

Deshalb soll gemäß dem Verursacherprinzip mit Hilfe der Abwärmeabgabe die Verschwendung von Energie durch die ungenutzte Abgabe von Wärme in die Umwelt finanziell belastet werden. Gleichzeitig muß vor allem das Nah- und Fernwärmenetz in Nordrhein-Westfalen beschleunigt ausgebaut und die kommunale Energiepolitik finanziell gestärkt werden. Flankierend

(C)

muß eine flächendeckende Energieberatung für Kommunen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen analog dem Modell der Energieagentur in Wuppertal bereitgestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Abwärmeabgabe ist verfassungsrechtlich zulässig, solange nämlich der Bund nicht aktiv wird, also zum Beispiel die aus energiepolitischer Sicht überfällige Primärenergiesteuer erhebt, wozu allerdings - Herr Einert, Sie wissen das genau - keinerlei Anzeichen vorliegen.

Eine Reihe von Landesparlamenten hat inzwischen auch die Vorteile und Chancen der Ökoabgaben erkannt und die Initiativen ergriffen. Es wurde schon genannt: In Hamburg und Berlin gibt es die Abgaben auf Entnahme von Grundwasser; in Baden-Württemberg hat die dortige CDU-Mehrheit vor kurzem ein Gesetz zur Erhebung von Sondermüllabgaben verabschiedet; in Baden-Württemberg kommt die Nahverkehrsabgabe. Alle Zeichen sprechen dafür, daß die SPD von der CDU in anderen Bundesländern überholt wird.

(D) Das Abwärmeabkommen in Nordrhein-Westfalen wird auf mindestens 10 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten geschätzt. Das heißt, bei einem Abgabesatz von 50 DM pro Tonne ergäbe sich ein Aufkommen von rund 300 Millionen DM noch in 1991. Erst hierdurch entsteht der dringend erforderliche finanzielle Spielraum zur Umsetzung der Energiesparstrategien, die zum Beispiel im Rahmen der Klimadiskussionen eingefordert werden und wurden.

Nur so lassen sich wichtige Maßnahmen zur energiepolitisch sinnvollen Abwärmenutzung unterstützen, insbesondere der Ausbau der Nah- und Fernwärme, der erhebliche, aber auch rentierliche Investitionen erfordert.

Die Erhebung einer Abwärmeabgabe ist kurzfristig umsetzbar, da die entsprechenden Überlegungen und Vorarbeiten weit ausgereift sind. Ein solches Gesetz könnte also noch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen als Haushaltsbegleitgesetz verabschiedet werden, wenn - und da liegt wohl die Schwachstelle - die politische Notwendigkeit überhaupt erst einmal erkannt wäre.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wie bitte? Als Haushaltsbegleitgesetz?)

- Als Haushaltsbegleitgesetz, Herr Trinius! Wenn Sie es noch nicht gehört haben: Es hat Haushaltsbegleitgesetze im Rahmen der sozialen Demontage gegeben. Dabei hat man innerhalb von Wochen Milliardenbeträge gekürzt. Warum sollte eine ähnliche, aber positive politische Kraftanstrengung nicht hier in Nordrhein-Westfalen möglich sein?

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Das will man nicht!)

Die von einer solchen Abwärmeabgabe betroffenen Branchen, z. B. die Betreiber von Großkraftwerken, Chemieindustrie etc., sind sehr wohl in der Lage, eine solche Abgabe zu zahlen. Die durch die Einspeisung entstehenden Kosten sollen nach festzulegenden Richtlinien durch ein Einspeiseentgelt erstattet werden. Mit der Abwärmeabgabe wird ein technologischer Impuls gesetzt, der der nordrhein-westfälischen Industrie ein neues Betätigungsfeld eröffnet.

Wir schlagen die Einrichtung eines Sonderfonds "Rationelle Energieverwendung" vor, aus dem u. a. folgende Abgaben oder Aufgaben finanziert werden könnten.

(B)

(Minister Kniola: Was denn: Abgaben oder Aufgaben?)

- Aufgaben! - Zum Beispiel: Forschungen zu rationaler Energienutzung und erneuerbaren Energiequellen, Nah- und Fernwärmeausbau, energiesparendes Bauen und Wohnen, kommunale Energieprogramme, Solarprogramm "100 000 Dächer", nicht nur für Photovoltaik, sondern auch für Solarkollektoren. Die Energieagentur Nordrhein-Westfalen könnte dezentralisiert werden, und es könnte das Programm "Rationelle Energienutzung und erneuerbare Energiequellen" ausgebaut werden.

Allerdings, Herr Stüber, Sie wissen es am besten, Sie haben diese Vorschläge bisher abgelehnt. Ich befürchte, daß wir in dieser Haushaltsrunde auch wohl nicht mehr zusammenkommen werden. Aber ich würde doch dringend nahelegen, sich mit dieser Problematik einmal ernsthaft auseinanderzusetzen, bevor die CDU Sie endgültig in den Schatten stellt.

(C)

An einem Punkt allerdings möchte ich die Landesregierung ausdrücklich loben: Die Energieagentur in Wuppertal - Herr Einert, Sie horchen auf -, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat, hat einen Schritt in die richtige Richtung eingeleitet.

Ärgerlich bleibt dabei allerdings, daß nur ein kleiner Teil der Gelder, die dafür bereitgestellt wurden, in Wuppertal ankommen. 2,5 Millionen DM wurden bereitgestellt, nur 600 000 DM kommen dort an. Der Rest bleibt bei der privaten Unternehmensberatungsgesellschaft "Agiplan". Die Entlastung der Ministerialen von der Betreuung der Energieagentur wird also mit rund 2 Millionen DM erkaufte. Ich würde sagen, eine reichlich teure Privatisierung!

Herr Minister Einert, Sie müßten schon noch erklären, welche ungewöhnlichen Erkenntnisse Sie von dieser Unternehmensberatung erwarten, daß es Ihre eigenen Leute nicht selber machen können. Mir persönlich erscheint das absolut unverständlich. Das Konzept "Energieagenturen" wird doch bereits in anderen Bundesländern und im Ausland breit diskutiert. Es gibt Vorbilder und Überlegungen, die ausschließlich der praktischen Umsetzung und der Verbreitung bedürfen. Mit den veranschlagten Mitteln von 2,5 Millionen DM könnten rund vier zusätzliche regionale Energieagenturen in Nordrhein-Westfalen finanziert werden. Die Vergabe eines Geschäftsbesorgungsvertrages, den Sie uns im übrigen immer noch nicht zugestellt haben - Sie wollten uns diese Unterlage zugehen lassen -, erscheint mir in diesem Umfang völlig unbegründet. Wir GRÜNEN fordern - wir haben einen entsprechenden Antrag vorgelegt -, den Vertrag unter Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel zugunsten des Aufbaus weiterer Energieagenturen in Nordrhein-Westfalen zu kündigen.

(D)

Ich komme zu meinem zweiten Thema, zur Regionalpolitik.

Die traditionelle Form unternehmensorientierter Regionalförderung, wie sie in der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" dem EG-Ziel-2-Programm und den entsprechenden Landesprogrammen zur regionalen Technologieförderung zum Ausdruck kommen, hat sich als wenig effizient und nicht mehr zeitgemäß erwiesen. Ihre Ziele müssen neu definiert, ihre Umsetzungsformen reformiert und die Geltung der reformierten Ziele auch im praktischen Vollzug sichergestellt werden.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich will Ihnen einige der wichtigsten Kritikpunkte nennen: Die Förderung zeichnet sich durch hohe Mitnahmeeffekte aus. Das heißt, die als Erfolg der Förderung ausgewiesenen Investitionen wären nachweislich auch ohne Förderung erfolgt. Es fehlt an einer systematischen Einbindung der geförderten Projekte in Gesamtkonzepte, z. B. der Verkehrsplanung, der Ver- und Entsorgungsplanung, der Gewerbeflächenbevorratung etc.

(Zurufe der Abgeordneten Hürten und Appel [GRÜNE]: Und der Frauenförderung!)

- Und der Frauenförderung! - Ein wichtiges Kriterium ist nach wie vor der Exportanteil der geförderten Produktion. Der Beitrag zur regionsinternen Entwicklung wird praktisch überhaupt nicht beachtet. Hierdurch werden die kleineren, lokal orientierten Projekte und arbeitsintensiven lokalen Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe systematisch benachteiligt.

Die Konzentration auf Investitionen schränkt den Bereich der förderungswürdigen Projekte ein. Das heißt, bestimmte Projekte, die hohe Folgekosten aufweisen, werden von vornherein nicht in die Förderung einbezogen.

(B) Ökologische Ziele werden nicht hinreichend beachtet. Es geht in diesem Programm insbesondere um Nachsorge und nicht um Vorsorge. Soziale Ziele bleiben faktisch weitgehend unberücksichtigt, etwa Programme für Langzeitarbeitslose.

Es fehlt eine systematische Zielerreichungskontrolle, die über entsprechende vertragliche Bestimmungen abgesichert wird. Das heißt, wenn solche Förderziele nicht erreicht werden, besteht heute in der Regel keine Möglichkeit, die Gelder zurückzufordern.

Vor allen Dingen: Die demokratische Kontrolle der Fördermaßnahmen ist absolut unterentwickelt. Die Mittel werden vom Parlament genehmigt, ohne daß verbindliche Projektlisten vorliegen. Auch läßt sich während des Haushaltsvollzuges praktisch überhaupt kein Überblick herstellen. Die Regionen werden zwar in einem sehr aufwendigen Verfahren beteiligt; die dort aufgestellten und beschlossenen Projektlisten werden jedoch im Zuge des Genehmigungsverfahrens im Ministerium nach nicht nachvollziehbaren Kriterien verändert, so daß am Ende offenbleibt, ob der

(C)

Entscheidungsprozeß in den Regionen überhaupt einen nennenswerten Einfluß auf die letztendliche Förderung hatte.

Die Kompetenzen der Beteiligten sind nicht definiert.

Ich denke, angesichts des extrem hohen Bürokratieaufwandes dieser Art der Förderung stellt sich die Sinnfrage immer stärker. Ich persönlich komme immer mehr zu der Ansicht, daß eine verbesserte Ausstattung der Gemeindefinanzen - genau da hapert es ja, Herr Stüber; das wissen Sie am besten - die effektivste Förderung der Regionalpolitik wäre.

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Das ist aber keine Alternative!)

Diese Kritik, die wir GRÜNEN schon gegen ZIM 1987/88 vorgebracht haben, gegen ZIN ebenfalls, wird von einem kürzlich veröffentlichten Gutachten des Ruhrinstitutes für Innovations- und Strukturpolitik in Bochum - das sogenannte RufIS - nachhaltig und uneingeschränkt bestätigt. Die Kritik des RufIS ist vernichtend. Drei Kostproben:

Durch ZIN ist von einer Verschlechterung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses in der Regionalpolitik auszugehen.

(D)

Also: eine Verschlechterung, nicht eine Verbesserung! - Zweite Stelle:

Regionalkonferenzen stellen ein Forum zur Durchsetzung von Partikularinteressen großer Verbände dar.

Dritter Punkt:

Durch die landesweite Konzentration aller Anträge beim SIAM

- dieser Vergabegruppe -

ist es für einflußreiche Persönlichkeiten der Politik viel leichter geworden, an dieser zentralen Stelle ihren Einfluß für oder gegen Projekte geltend zu machen.

Mit anderen Worten: Filz und Klüngel wird da Tür und Tor geöffnet.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist doch schon längst abgeschafft!)

Deshalb schlagen wir vor, die vorhandenen Programme auslaufen zu lassen, soweit reine Landesmittel einfließen, und zugunsten einer reorganisierten und transparenten, auf ökologische und soziale Vorsorge orientierte Förderung umzuschichten, soweit der Rahmen der Bundes- und EG-Programme das zuläßt.

Neue Schwerpunkte sollen sein: Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung - z. B. Gründung regionaler Entwicklungsgesellschaften im städtischen und ländlichen Raum -, ökologische Produkt- und Prozeßinnovation, Gründung von ökologischen Gewerbehöfen, Förderung ökologisch orientierter Qualifizierung und Innovation, Förderung der Vermarktung ökologischer Produkte, Frauenförderung - z. B. durch den Aufbau von Berufsbildungszentren für arbeitslose Frauen - und Förderung der Entmilitarisierung Nordrhein-Westfalens, das heißt: Standort- und Rüstungskonversion.

Zu diesem letzten Punkt haben wir Ihnen ja einen Antrag vorgelegt, der noch einmal ausführlich begründet, daß es nicht darum geht, solche Unternehmen zu subventionieren, die in der Vergangenheit von der Rüstungsproduktion profitiert haben, sondern daß es darum geht, die Initiativen und Ideen zur Konversion zu mobilisieren und die vorhandenen Widerstände zu überwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines möchte ich an dieser Stelle allerdings noch loswerden: Aus grüner Sicht paßt es überhaupt nicht ins Bild, daß wir zwar Rüstungsexporte kontrollieren und verringern sollen, sich gleichzeitig aber Minister der Landesregierung in die Aufsichtsräte führender Rüstungsexporteur einbinden lassen. Ich halte es persönlich für eine Instinktlosigkeit erster Ordnung - und zwar übrigens schon vor dem Theaterdonner von heute mittag -, daß Minister Schleußer in den Aufsichtsrat von Thyssen gewählt wurde.

Wie wird es denn demnächst mit der Entscheidungsfreiheit der Landesregierung aussehen, wenn Themen wie Transrapid oder Rüstungskontrolle auf die Tagesordnung des Kabinetts kommen? Die Frage ist doch: Kontrolliert der Minister das Unternehmen, oder kontrolliert das Unternehmen den Minister?

(C)

(Abgeordneter Henning [SPD]: Informieren Sie sich einmal selbst!)

Weil es darum geht, ob Minister als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gehen, hat das nichts mit Montanmitbestimmung zu tun. Wir haben nichts dagegen, daß Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten sitzen; im Gegenteil: Wir haben Konzepte zur Verbesserung der Montanmitbestimmung vorgelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In aller Kürze mein letzter Punkt: Die Vorgabe der Landesregierung, die Gemeinden Nordrhein-Westfalens flächendeckend mit Verbraucherberatungsstellen - -

Präsidentin Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Appel?

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Aber sicher; mein geschätzter Kollege Appel wird sicherlich eine intelligente Zwischenfrage stellen. - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Der Appel fällt nicht weit vom Busch.)

(B)

(D)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Kollege Busch, könnten Sie sich vorstellen, daß es in der Sache Transrapid und Thyssen ähnlich läuft wie vor 10 Jahren, als hier ein Wirtschaftsminister Riemer und sein Kollege Hirsch gegen den Schnellen Brüter von Kalkar waren?

(Allgemeine Unruhe und Zurufe)

- Ich habe ihn gefragt, ob er sich vorstellen könnte, daß der Sachverhalt so zuträfe, wie ich ihn jetzt schildere, daß der Herr Riemer und der Herr Hirsch damals als amtierende Minister von der Atomindustrie in deren Broschüren ins Lächerliche gezogen wurden.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Geschätzter Kollege, meine schlimmsten Phantasien sind damit keinesfalls ausgeschöpft.

Ich komme zu meinem letzten Punkt: Die Vorgabe

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

der Landesregierung, die Gemeinden Nordrhein-Westfalens flächendeckend mit Verbraucherberatungsstellen auszustatten, ist noch weitgehend unerfüllt. 396 Gemeinden haben wir in Nordrhein-Westfalen; gerade 50 haben eine solche Einrichtung.

Wir haben einen Antrag vorgelegt, 3 Millionen DM als Baransatz und 12 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt einzustellen. Insbesondere die Verpflichtungsermächtigungen sollen die Kommunen ermutigen, ihrerseits entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen.

Diese Forderung erhält - ich komme zum Schluß - vor dem Hintergrund der Kürzungspläne aus Bonn noch größere Dringlichkeit; denn der Wegfall der 1,1 Millionen DM würde 10 von 80 Stellen gefährden.

Wir weisen den Standpunkt der Bundesregierung mit Nachdruck zurück. Allerdings ist auch die Stellenbesetzungssperre, die Sie jetzt in den Haushalt eingefügt haben, katastrophal, wirkt sich voll auf die Verbraucherberatungsstellen aus und stellt eine nicht minder große Bedrohung der Arbeit der Verbraucherberatungsstellen vor Ort dar.

(B) Wir haben Ihnen einen sehr schönen Vorschlag zur Finanzierung gemacht, nämlich die Förderung von Präsentationsmaßnahmen auf Messen in Höhe von 3 Millionen DM zu kürzen. Damit wären auch die Gelder für die Verbraucherberatung zur Stelle.

Ich befürchte allerdings, daß sich diejenigen bei Ihnen durchsetzen werden, für die Verbraucherberatung schon immer ein Dorn im Auge war, weil sie notwendigerweise in Konflikt mit Unternehmensinteressen gerät.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Busch! Kommen Sie bitte zum Schluß!

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Mein letzter Satz! - Herr Wirtschaftsminister, ich würde mich freuen, wenn Sie ein starkes Wort auch zur Unterstützung der Verbraucherberatungsstellen finden könnten. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Präsidentin Friebe: Danke schön. - Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister Einert das Wort.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Der Steinbruchdirektor!)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, ich glaube, ich finde Ihre Zustimmung dafür, daß ich zu den Diskussionsbeiträgen, die wir mehrfach im Ausschuß und hin und wieder auch schon im Plenum behandelt haben, hier nicht noch einmal lichtvolle Ausführungen mache.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Eine Anmerkung noch einmal zu dem, Herr Kollege Tschöeltsch, was Sie zur Frage der Haushaltsansätze und der Kokskohle gesagt haben: Ich verstehe Ihre Argumentation nun wirklich nicht mehr. Ich habe Ihnen auch bereits mehrfach im Wirtschaftsausschuß vorgetragen, daß wir uns völlig nach der Veranschlagung bei der Bundesregierung richten. Das ist eine Verabredung, die die Kohleländer - dazu gehört auch Nordrhein-Westfalen - mit dem Bund getroffen haben. Der Bund ermittelt, welche Veränderungen beim Kokskohleinsatz aufgrund der Dollar/DM-Relation anzusetzen sind, und wir folgen - das hat aber praktikable Gründe - mehr oder weniger sklavisch den Ansätzen, die die Bundesregierung jeweils vornimmt. Das ist eine praktikable Angelegenheit, da wir die Zweidrittel/Eindrittel-Regelung haben.

(D)

Was Ihre Bedenken angeht, so haben wir im Ausschuß vorgetragen, daß die berühmten 100 Millionen DM mitnichten eine Einsparung bedeuten, sondern lediglich aufgrund der Veränderung beim Bundesansatz die Möglichkeit einräumen, die rechnerisch im letzten Jahr entstandene Minderausgabe und die sich abzeichnende Mehrausgabe in diesem Jahr über zwei Haushaltsjahre miteinander zu verrechnen.

(Unruhe)

Es gibt in diesen Teilbereichen keinerlei Einsparungen, sondern lediglich die haushaltstechnische Übertragung von einem positiven Saldo in einen negativen Saldo in diesem Jahr. Ich glaube, ich habe nun endgültig klargemacht, worum es dabei eigentlich geht.

(A) (Minister Einert)

(Widerspruch des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ein weiteres Problem ist die wirklich politische Frage der mehrjährigen Programme, der Verpflichtungsermächtigungen und der gegenseitigen Deckungsfähigkeit. Das ist wirklich eine politische Frage.

Ich verstehe die Bedenken von Abgeordneten im Sinne ihrer Haushaltshoheit, wenn ganze Programmblöcke gegenseitig deckungsfähig sind und außerdem noch hinzukommt, daß sie durch Verpflichtungsermächtigungen über einen langen Zeitraum eigentlich - wenn Sie so wollen - bereits verfrühstückt sind.

Für diese Bedenken habe ich Verständnis. Aber wenn wir wirklich im Sinne von langfristiger Strukturpolitik den ökonomischen Umbau eines Landes erreichen wollen, dann ist das möglicherweise nicht mit der Zäsur von einjährigen Haushalten und der Festschreibung von Sektoren in einem Haushaltsjahr möglich, sondern dann muß man von mehrjährigen Programmen ausgehen, dann muß man, wie wir es bei der Einführung von Einzelprogrammen auch dem Parlament vorgetragen haben, auch von Programmblöcken ausgehen können, sie dem Parlament und den Ausschüssen vortragen, und dann muß zur Abwicklung solcher mehrjährigen Investitions- und Strukturprogramme die Möglichkeit bestehen, sie nach schwankenden Jahresaufgaben innerhalb solcher Globalansätze im Haushaltsvollzug austauschen und gegenseitig deckungsfähig zu machen. Sonst haben Sie wirklich die Schwierigkeit, jeweils auch mit Umsetzungen, Nachbewilligungen, Verschiebungen in kleineren Tranchen in den Haushalts- und Finanzausschuß gehen zu müssen. Das hat dann nichts mehr mit der von Ihnen häufig geforderten Flexibilität einer Haushaltspolitik zu tun. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Mernizka [SPD]: So ist das! Das haben Sie selber mit beschlossen!)

Zur angesprochenen mittelfristigen Finanzplanung und zum unbestritten vorhandenen Rückgang der Ansätze für Fördermaßnahmen und Strukturprogramme im Laufe der Jahre bis 1994/95: Es ist völlig richtig, daß die Ansätze dafür beim Wirtschaftsminister zurückgehen; denn nach dem Willen dieses Parlaments stellen diese Programme eine zeitlich begrenzte große Kraft-

anstrengung dar, mit der wir bestimmte Aufgabenfelder abarbeiten wollten. Unbestritten haben wir das in Teilbereichen auch mit erheblichen Erfolgen bereits realisiert.

Im übrigen kann ich die Argumentation der F.D.P. überhaupt nicht verstehen. Sie fordern ständig den Abbau von Subventionen. Sie müßten mir eigentlich Beifall klatschen, wenn wir jetzt zu einem allmählichen Rückgang der direkten Unternehmenssubventionen kommen - was wir wollen und was ich Ihnen vorgetragen habe -, uns schwerpunktmäßig - darüber gibt es in diesem Hause keine großen Meinungsverschiedenheiten -, wenn auch allmählich - das kann man nicht von einem Haushalt zum anderen machen -, überwiegend der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur zuwenden und die direkte Unternehmenssubventionierung hoffentlich allmählich tendentiell sogar auf Null reduzieren können.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Ich habe keine Begeisterung dafür, direkte Unternehmenssubventionen zu gewähren. Ich tue dies - und ich glaube, es ist auch richtig so - bei Unternehmensneugründungen, bei Umstellungen, zur zeitlich begrenzten Minderung des Risikos vor allem bei Klein- und Mittelbetrieben, um ein Stückchen des unternehmerischen Risikos in den Fällen, in denen es für ein kleines oder mittleres Unternehmen zu groß ist, etwas zu mindern. Das ist der Ansatz für diese Entwicklung. Ich möchte bei diesem Weg gern auch bleiben.

Im übrigen verrate ich keine Neuigkeit, wenn ich sage, daß diese Abgrenzung, diese Austauschproportion nicht zuletzt aufgrund der Abstimmung mit den Handwerkskammern, mit den Industrie- und Handelskammern im Lande erfolgt ist. Wir haben hier nicht vom grünen Tisch aus entschieden, sondern wir haben ausdrücklich gesagt: Wir wollen die Anregungen aus der Selbstverwaltung der Wirtschaft aufgreifen und sie umzusetzen versuchen. Genau das haben wir getan.

Ich will mit einer Bemerkung schließen, die ich ausdrücklich an alle Fraktionen in diesem Plenum richte. Wir werden uns bei diesem Haushalt und vor allen Dingen bei zukünftigen Haushalten wirklich darüber verständigen, vielleicht auch darüber streiten

(C)

(D)

(A) (Minister Einert)

müssen, ob wir den Prozeß der ständigen Ausweitung von konsumtiven Ausgaben und des ständigen Zurücknehmens von investiven Ausgaben ganz generell so weiterbetreiben können wie in der Vergangenheit. Ich sage nichts gegen die Notwendigkeit, für alle konsumtiven Bereiche noch mehr Personal einzustellen und noch mehr Zuschüsse im Sinne von konsumtiven Ausgaben zu gewähren. Aber, meine Damen und Herren, die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes wird sich auf die Dauer nur bewähren können, wenn es uns gelingt, die Investitionsquote dieses Landes nicht weiter absinken zu lassen, sondern sie wenigstens in der jetzigen Größenordnung zu halten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1421, zunächst über die **Anlage 1** - Stichwort: Düsseldorf Messe GmbH, Ausbildungsplätze für Jugendliche -. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

(B)

Ich rufe **Anlage 2 a)** - Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen - auf. Wer für diesen **Änderungsantrag** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte! - Stimmenthaltungen? - Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Ich rufe **Anlage 3** - Präsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen, Verbraucherverbände - auf. Wer für diesen **Änderungsantrag** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Ich rufe **Anlage 4** - Stichwort: Kapitalausstattung der Düsseldorf Messe GmbH, Förderung Rüstungskonversion - auf. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

(C)

Ich rufe jetzt die **Anlage 8** auf Seite 3 auf, und zwar **Anlage 8 a** unter dem Stichwort: **Werkvertrag AGIPLAN**. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest: Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Ich rufe jetzt zusammen zur **Abstimmung** auf: **Anlage 2 b, Anlagen 5, 6, 7** und **Anlage 8 b**. Wer für diese **Änderungsanträge** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die **Anträge** sind **abgelehnt**.

Ich rufe jetzt die **Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1108** auf. Wer der **Beschlußempfehlung** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die **Beschlußempfehlung** ist **angenommen**. Der **Einzelplan 08** ist damit **erledigt**.

Ich rufe **Nummer 5** auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Die **Beschlußempfehlung** liegt Ihnen vor, ebenfalls die **Änderungsanträge** der Fraktion DIE GRÜNEN und die **Änderungsanträge** der Fraktion der CDU.

(D)

Ich eröffne die **Beratung** und erteile der Abgeordneten Böckelmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Böckelmann⁷ (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zeichen im Verkehrssektor stehen auf Sturm.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wir in Nordrhein-Westfalen stehen nicht nur vor einem möglichen Verkehrsinfarkt, sondern direkt vor einem totalen Verkehrskollaps, falls nicht endlich zwischen Bund, Land und Gemeinden gemeinsam die herausfordernde Aufgabe für die Zukunft gemeistert wird.

(Beifall bei der CDU)